

110-4/4

ARCHIVNI A STUDIJNI ODBOR

Učíslo

110-4/4

Číslo

26 listů

Číslo strany

27

188. 15. 1. 2008

Paul

Krab. 216.

ST M

IV. A - 43 / 42.

IV A 45¹ / 42.

IV A 49 a / 42.

Der Staatsanwalt
beim Reichsgericht in Berlin
Preussischer Senat

čes.fasc: M-IV/2,

něm.fasc: STM-IV-A-43/42,

č.listu: 20362-20372,

Věc: Hans Krebs-vládní president zabavení nepř.
majetku v Ústí.

dne 24.IX.46, pro řed.Čmolíka/lidový soud v Praze /
předal : Žý.

17. AUG. 1943

B.d.S. 8938

2

St.S. IV A - 45¹ f/42.

Prag, den 16. August 1943.

SD-Untersuchungsamt Prag	Reg.
12173	20 AUG. 1943
III	Anlagennummer

Der Befehlshaber der ...	
u. des SD in ...	
18. VIII. 1943	
Bd S. ...	B Nr. 1404/43

Zeichen 1439/43
Luzifer Oberführer
Sippen

G.R. mit 2 Anlagen im Umlaufverfahren

- a) ~~W~~-Standartenführer Weinmann, *W 188*
- b) ~~W~~-Obersturmbannführer Fischer, *W 112*
- c) ~~W~~-Obersturmbannführer Jacobi und *W 108*
- d) ~~W~~-Sturmbannführer Wolf *W 119*

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlage 2 zur Kenntnis übersandt.

~~W~~-Obersturmbannführer.

S. a. d.
1. 10/9. 43.

IV A - 45¹ g

17. AUG. 1943

B.d.S. 8938

Berlin-Halensee, 17.7.1943
Kurfürstendamm 140

Breifelt

Gruppenführer
und Generalleutnant der Polizei
Chef des Stabshauptamtes des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums

Ch - I - 1/7 Preot.7 - Kr.

Vorg.: Ansiedlung von Deutschen Bauern im Pro-
tektorat (Budweiser Becken).

Bezug: Dort.Schreiben - St.S.245/222/43 - vom 5.6.1943.

Herrn
Staatssekretär #-Obergruppenführer
Karl Hermann Frank

P r a g
Burg

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.
21. JULI 1943

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!
Lieber #-Kamerad Frank!

Nachdem ich im Verlauf dieser Woche Gelegenheit hatte,
mit Gauleiter und Reichsstatthalter Eigruber das oben
näher gekennzeichnete Problem eingehend zu erörtern, darf
ich Ihnen in Beantwortung und Erledigung Ihres Schreibens
vom 5. Juni 1943 mitteilen, dass ich mich, unter Würdigung
der in Ihrem Schreiben - St.S.222/43 - vom 28. Mai 1943
aufgeführten Gründe, dazu bekenne, dass im gegenwärtigen
Augenblick eine weitere Ansiedlung von deutschen Bauern
im Protektorat nicht möglich erscheint.

Ich darf jedoch meinerseits darum bitten, dieser in volks-
politischer Hinsicht durchaus erstrebenswerten Aktion wei-
terhin Ihr Augenmerk zu schenken und dann wieder in mög-
lichst grossem Umfange anlaufen zu lassen, sobald die er-
forderlichen Voraussetzungen hierzu gegeben sind.

-b.w.-

St. S. IV A - 45¹ - 4/42

Ja

17.7.1943

B. 4. 2. 88 38

Kurt-Strandmann 140
Berlin-Malteser, 17.7.1943

Grüßell
#-Gruppenführer
und Generalleutnant der Polizei
Einf. des Einsatzplaners der Reichsmilitärpolizei
für die Festlegung des Einsatzes

Gr - I - 1/1 Prot. 1 - Kr.

Ich benutze die Gelegenheit, Ihnen meine aufrichtigen kameradschaftlichen Grüße zu übermitteln.

Vor-
lektorat (Budweiser Becken).
Beweg: Dorf-Schreiben - St. S. 245/222/43 - vom 2.6.1943.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener

#-Gruppenführer
u. Generalleutnant der Polizei.

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotokoll
in Berlin
21. Juli 1943

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!
Lieber #-Kamerad Frank!

Nachdem ich im Verlauf dieser Woche Gelegenheit hatte,
mit Generalleutnant und Reichsstatthalter Ritter über das oben
näher gekennzeichnete Problem eingehend zu erörtern, darf
ich Ihnen in Beantwortung Ihrer Anfrage Ihres Schreibens
vom 5. Juni 1943 mitteilen, dass ich mich, unter Würdigung
der in Ihrem Schreiben - St. S. 245/222/43 - vom 28. Mai 1943
aufgeführten Gründe, dazu bekenne, dass im gegenwärtigen
Augenblick eine weitere Anleihe im Protokoll nicht möglich erscheint.



Ich darf jedoch meinerseits darum bitten, dieser in volles-
politischer Hinsicht durchaus erstrebenswerten Aktion wei-
terhin Ihr Augenmerk zu schenken und dann wieder in mög-
lichst grossem Umfang einleiten zu lassen, sobald die er-
forderlichen Voraussetzungen hierzu gegeben sind.

4

SD-Leitabschnitt Prag	Am.
10765	20. JUL 1943
Bearbeiten:	Aktengeldern:

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
 u. des SD in Prag
 1.5. VII. 1943
 Bd S. 116 B Nr. 1439/43.

la 23/2

G.R. mit 2 Anlagen im Umlaufverfahren

- a) W-Standartenführer Weinmann, *W 117*
- b) W-Obersturmbannführer Fischer, *W 114*
- c) W-Obersturmbannführer Jacobi und *W 117*
- d) W-Sturmbannführer Wolf *W 267*

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis übersandt.

Bü	Stabschef
in	Leitung
Ein	26. JULI 1943



Handwritten signature or initials

88851

W-Obersturmbannführer.

8806

IV A - 45¹/42



5
Linz-Donau, am 30. Juni 1943
Landhaus
G/K

Der Gauleiter und Reichsstatthalter
in Oberdonau

SS-Obergruppenführer
Staatssekretär Karl Hermann Frank

Prag

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Eing: - 5. JULI 1943

Betr.: Ansiedlung von Südtiroler Bauern.

Lieber Parteigenosse Frank !

Zu Ihrem Schreiben vom 28. Mai 1943, betr. Ansiedlung von Südtiroler Bauern im Budweiser-Gebiet, möchte ich mitteilen, dass ich Ihre Ansicht teile. Die augenblickliche Lage ist nicht geeignet, eine weitere Ansiedlung von Deutschen durchzuführen, bzw. tschechische Bauern auszusiedeln.

Bei Änderung der Situation werde ich aber wieder darauf zurückkommen.

Heil Hitler !
Ihr

Signature

WA-451 d/42g

6

Prag, den 22. Juni 1943.

Betrifft: Weitere Ansiedlung von deutschen Bauern im Protektorat.

In dieser Angelegenheit bin allein ich zuständig. Meine Entscheidungen sind maßgebend.

6388

Hamm

St. G. IV A-45¹e/42

W-Gruf.

5. Juni 1943.

St.S.245/222/43. ✓

5. VI. 1943

An

W-Gruppenführer Greifelt,
Chef des Stabshauptamtes des Reichskommissars
für die Festigung Deutschen Volkstums,
Berlin-Halensee,
Kurfürstendamm 140.

Lieber Parteigenosse Greifelt !

Den in Abschrift angeschlossenen Schriftwechsel übersende ich des Interesses halber zur Kenntnis. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich meinem Standpunkt anschließen würden, daß eine weitere Ansiedlung von deutschen Bauern im Protektorat derzeit nicht möglich ist.

Heil Hitler !

Ihr

2.) Zum Vorgang.



13881

W-Gruppenführer.

8
28. Mai 1943.

St.S. 222/43. ✓

1.) An Herrn
Gauleiter und Reichsstatthalter Eigruber,
Linz / Donau,
Landhaus.

Lieber Gauleiter !

In Sachen Ansiedlung von Südtiroler Bauern im Budweiser Gebiet erwidere ich auf Ihr Schreiben vom 19.5.d.Js., daß die weitere Ansiedlung von deutschen Bauern im Protektorat aus gewichtigen politischen Gründen gestoppt worden ist. Der tschechische Bauer wird derzeit zur Sicherung der Ernährung im vierten Kriegsjahr zur Höchstleistung aufgerufen. Es wird von ihm weiterhin eine peinlich genaue Einhaltung der Ablieferungsbestimmungen erwartet. Weder die Höchstleistung noch die Einhaltung der Ablieferungsbestimmungen lassen sich erreichen, wenn bei dem tschechischen Bauern das Gefühl Platz greift, daß er seiner Schelle nicht mehr sicher ist. Eine solche Einstellung lockert im tschechischen Bauern den Glauben, daß sein Eigentum unverletzlich sei, und macht ihn für die kommunistische Propaganda zugänglich, die gerade im Augenblick im Protektorat besonders aktiv ist. Bei den vorstehenden Ausführungen handelt es sich keineswegs um theoretische Überlegungen, sondern um eindeutige Feststellungen, die sich aus der praktischen Tagesarbeit ergeben. Dazu kommt daß jede Aussiedlung vom feindlichen Rundfunk als Anzeichen einer beabsichtigten Germanisierung in schärfster Form aus-



23851

geschlachtet und von der inländischen Widerstandsbewegung
mit großem Erfolg gegen uns ausgewertet wird. Einer derar-
tigen Wirkung kann propagandistisch auch nicht mit dem Hin-
weis begegnet werden, daß es sich bei dem Budweiser Gebiet
um alten deutschen Volksboden handelt. Sogar die derzeit
laufende Räumung von Dörfern im Bereich des H-Übungsplatzes
Beneschau läßt sich, obwohl sie aus rein militärischen
Gründen erfolgt, unter größten Schwierigkeiten eben noch
durchführen. Aus dieser politischen Situation heraus und
wegen Gefährdung der Ruhe und Ordnung im Protektorat habe
ich zuletzt am 26.2.d.Js. u.a. über die Aussiedlungsproble-
me zur tschechischen Seite gesprochen und für die deutsche
Führung eine Erklärung abgegeben, zu der ich mich gerade im
Hinblick auf die angespannte Situation nicht in Widerspruch
setzen kann. Die Protektoratsregierung ihrerseits hat sich
wiederholt mit der Frage des Schicksals der tschechischen
Bauern befaßt und auch Staatspräsident Dr. Hácha hat mich
in der Angelegenheit mehrfach angesprochen. Sie werden,
Gaulleiter, unter diesen Umständen verstehen, daß der augen-
blickliche Zeitpunkt für die weitere Ansiedlung von deut-
schen Bauern im Protektorat nicht geeignet ist und gesamt-
politisch nicht verantwortet werden kann. Ich bitte Sie,
die Angelegenheit zurückzustellen. Sie können versichert
sein, daß die Aktion sofort wieder anhält, sobald die
Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Heil Hitler !

Ihr



22881

29. V. 1943

2.) Durchschrift nebst 1 Anlage an

- a) $\frac{1}{4}$ -Obersturmbannführer Fischer und
- b) $\frac{1}{4}$ -Obersturmbannführer Jacobi

zur Kenntnis.

3.) In die Besprechungsmappe Reichsführer- $\frac{1}{4}$.



12863

RFSS

10

Legation Linz

Linz-Donau, am 19.5.1943-
Langhaus
G/M.



Der Gauleiter und Reichsstatthalter
in Oberdonau

An den

Staatssekretär
H. Karl Hermann Frank
Prag.

Büro des Gauleiters
in Prag
in Böhmen und Mähren
Eing. 24. MAI 1943

Lieber Parteigenosse Frank !

Wie Ihnen bekannt, wurden Südtiroler Bauern aus Versental und Luzern in der Nähe von Budweis angesiedelt. Die Ansiedlung selbst wurde mustergültig durchgeführt und steht vor dem Abschluss.

Da noch eine grössere Anzahl von Bauern aus Südtirol, Bessarabien und Oberdonau Höfe suchen, habe ich den Reichskommissar für Festigung Deutschen Volkstums, SS Gruppenführer Greifelt gebeten, eine weitere Besiedlung des damals vorgeschlagenen Gebietes zu ermöglichen. SS Gruppenführer Greifelt hat daraufhin den Reichsführer, dem er Vortrag hielt, um Zustimmung ersucht. Die Zustimmung hat der Reichsführer gegeben. SS Gruppenführer Greifelt wird sich nun mit Ihnen, lieber Parteigenosse Frank, ins Einvernehmen setzen, um die näheren Umstände der weiteren Besiedlung festzulegen.

Ich bitte Sie, die Besiedlung dieses Gebietes, welches sich ausgezeichnet eignet und die Möglichkeit schafft, eine rein Deutsche Verbindung von der Krummauer Grenze in die Deutsche Stadt Budweis zu schaffen, zu fördern.

Projekt Siedlungsleiter

Heil Hitler!

Frank

Greifelt
E. B. IV A - 452 c / 42 g

P r a g, 19. Dezember 1942.

K.H.

W-Obersturmbannführer Dr. G i e s e.

P r a g.

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 19. DEZ 1942

Betr.: Stellungnahme zur Eingabe Minister Hruby.

Zur Eingabe des Ministers Hruby gebe ich unter Verwendung des Schreibens von Minister Moravec an W-Sturmbannführer Wolf den nachfolgenden Bericht.

Auf die politische Seite der Angelegenheit nehme ich nicht Bezug, weil der Gruppenführer zu dieser Frage selbst Stellung nehmen will.

Die Einsetzung der deutschen Bauern aus den grossen Umsiedlungsaktionen des deutschen Volkes wurde genau überprüft. Es konnte dabei jedoch nicht festgestellt werden, daß in den infragestehenden Gebieten eine grosse Empörung herrscht, daß bei den tschechischen Bauern Interessenlosigkeit vorliegt und daß deshalb der Anbau für die künftige Ernte und diese selbst gefährdet sei. Es ist im Gegenteil der Anbau in den infragestehenden Gebieten restlos durchgeführt worden und es liegt daher kein Grund zu der Annahme vor, daß nicht auch die Ernte eingebracht werden könnte. Es kann aufgrund dieser Tatsachen schon gar keine Rede davon sein, daß fast alle 600.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Böhmen und Mähren von einer Psychose ergriffen sind. Dies ist deshalb ausgeschlossen, weil im überaus größten Teil des Gebietes von Böhmen und Mähren gar nicht bekannt ist, daß der Einsatz deutscher Umsiedler in einigen Gebieten vorgenommen wird.

Die Feststellung, daß Betriebe in das Verfahren einbezogen wurden, deren Besitzer aufgrund der vorbildlichen Ablieferungen Prämien zu erwarten haben, trifft nicht zu. Die Überschreitung der vorgeschriebenen Kontingente wurde dadurch erreicht, daß entweder nach Verhängung der Zwangsverwaltung oder sobald die geplante Verhängung bekannt war, ein Teil des Viehes abgestossen und dadurch das vorgeschriebene Kontingent teilweise beträchtlich erhöht wurde. Dies ist jedoch kein normaler Wirtschaftsvorgang und das Vorgehen dieser Bauern hätte ausgereicht, um polizeiliche Maßnahmen ergreifen zu können.

IV A - 45¹/_a / 42-

Es wurden auch alle Einzelfälle überprüft. Die ganz wenigen Härtefälle, die sich dabei herausstellten und deren Zahl im Verhältnis zur Gesamtzahl der in Zwangsverwaltung genommenen Betriebe bedeutungslos ist, wurde dadurch beseitigt, daß die Zwangsverwaltung wieder aufgehoben wurde. In allen Grenzfällen ist Sorge dafür getragen, daß den Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, soweit sie diese verlassen müssen, Ersatzbetriebe zur Pachtung angeboten werden. In diesem Zusammenhang ist allerdings festzustellen, daß bis jetzt im grossen und ganzen, insbesondere jedoch in dem im Rahmen dieser politischen Aktion so betonten Gebieten die Bauern von der Möglichkeit der Ersatzpachtung eines Hofes trotz weitestgehendem Entgegenkommen der Distriktstelle des Bodenamtes keinen Gebrauch gemacht haben. Grund dafür ist zweifellos die gerade in diesen Kreisen weit verbreitete Auffassung, daß mit Hilfe der Nordamerikaner die tschechoslowakische Republik in kürzester Zeit wieder entstehen wird und daß es deshalb überflüssig sei, sich auf einen anderen Betrieb zu setzen.

Zum Verfahren selbst ist zu sagen, daß generell gesehen nur solche Betriebe einbezogen werden, die nicht als eindeutig gut geführte und organisierte bäuerliche Betriebe angesprochen werden können. Falsch ist die Auffassung, daß die Inhaber der Betriebe, die für deutsche Bauern vorgesehen sind, keine Entschädigung für ihren Betrieb erhalten. Es wird in jedem Einzelfall der Ertragswert des Betriebes festgestellt und dieser unter Abzug der auf dem Betrieb haftenden Schulden dem Eigentümer zur Auszahlung gebracht. Mit der Auszahlung der Vorschüsse wird in aller nächster Zeit begonnen. Es ist deshalb schärfstens zurückzuweisen, daß die landwirtschaftlichen Betriebe für die deutschen Bauern entschädigungslos enteignet würden. Den betroffenen Bauern ist die Tatsache der Entschädigung bekannt und es kann deshalb nur als üble Gerüchtemacherei angesehen werden, wenn solche Parolen ausgegeben werden.

Zur Eingabe ist im einzelnen folgendes zu sagen. Die aus dem Osten oder aus Tirol kommenden deutschen

P-0-111

Bauern können nicht durchwegs auf jüdische Betriebe aus Restgütern der Bodenreform gesetzt werden, weil diese Betriebe nicht in bestimmten Gebieten gehäuft, sondern mehr oder weniger über das ganze Land verteilt sind. Die Ansetzung der Deutschen muss jedoch in etwas geschlossener Form erfolgen, damit auch solche Lebensbedingungen geschaffen werden können, die dem deutschen Bauern das Leben ermöglichen.

Die Bauern werden durch eingehende Wirtschaftsberatung ständig geschult, so daß keine Gefahr besteht, daß sie die hiesigen Bewirtschaftungsmethoden in kürzester Zeit nicht vollkommen beherrschen.

Die Unterbringung der Inhaber von Betrieben, die für die deutschen Bauern zur Verfügung gestellt werden, oder der dort wohnenden Familien wird durch die Bürgermeister unter Mitwirkung der Bezirkshauptleute durchgeführt, in den meisten Fällen so, daß sie auf anderen Bauernhöfen als Mithelfer untergebracht werden können, da nur selten von der Ersatzpachtung Gebrauch gemacht wird. In sehr vielen Fällen war es allerdings so, daß die Unterbringung besser als bisher war und daß demzufolge auch viele Familien heute zufriedener sind als sie es bisher waren. Die Unterbringung durch die Bürgermeister ist im grossen und ganzen überall zufriedenstellend gewesen.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, daß das Zusammenleben der deutschen und tschechischen Bauern, soweit die deutschen Bauern schon längere Zeit auf ihren Höfen sitzen, gut ist und daß gerade in diesen Gebieten von tschechischer Seite mit vollem Verständnis die Aktion betrachtet wird. Jede andere Auslegung ist schärfstens zurückzuweisen und dient nur der politischen Gerüchtemacherei und damit der Beunruhigung in diesem Raume. Der wirkliche tschechische Bauer steht in zahlreichen Fällen der Aktion mit Verständnis gegenüber und an ihn ist die Forderung zu richten, daß er, soweit es erforderlich ist, den deutschen Bauern auch hilft und sie unterstützt.

14

M-V-01A

Ich schlage noch vor, daß eine Durchschrift des Schreibens
an Minister Hruby auch an Minister Moravec abgeschickt
wird.

[Handwritten signature]
Obersturmbannführer.

[Handwritten signature]
des *[illegible]*

[Handwritten initials]



13821

[Handwritten mark]

121 9. 44.

15

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 4 DEZ 1942

An den
Herrn Staatssekretär
~~SS~~-Gruppenführer K.H. Frank,

Prag.

Betr.: Ansiedlung von Südtirolern bei Budweis.

Vorg.: Ohne.

Anlg.: 1.

Anliegend wird mit der Bitte um Kenntnisnahme Durchschlag eines an das Reichssicherheitshauptamt gerichteten Schreibens über die Auswirkungen der Ansiedlung von Südtirolern bei Budweis übersandt. Das auf Grund der bisher hier vorliegenden SD-Unterlagen gewonnene Bild weicht merklich ab von dem ebenfalls nach dort zur Kenntnisnahme gegebenen Bericht des SD-Abschnittes Linz über die stimmungsmäßigen Auswirkungen der Ansiedlung bei den im Gau Oberdonau ansässigen Tschechen.

Krebs

IV A - 45 6/42

den 28.11.1942. 16

III - SA 149

Lä/Heg.

An das

Reichssicherheitshauptamt

- III B 1 -

Berlin.

Betr.: Ansiedlung von Südtirolern bei Budweis.

Vorg.: Hier III SA 149 vom 1.9.1942.

Wie bereits berichtet, sollen Südtiroler in der Gegend zwischen der Stritschitzer, zum Gau Niederdonau gehörenden Volksinsel und der Stadt Budweis angesiedelt werden. Die Familien stammen aus dem Fersental und aus Lusern, also aus Höhen bis zu 1400 m, weshalb sie möglichst in den Ausläufern des Böhmerwaldes zur Ansiedlung kommen sollten. Gleichzeitig sollte dadurch eine volkstumsmäßige Verbindung zwischen dem Stritschitzer Gebiet und der deutschen Volksinsel Budweis hergestellt werden.

Über den gegenwärtigen Stand der Ansiedlungsaktion liegt aus Budweis folgender Bericht vor:

"Für die Südtiroler deutschen Bauern mußten Höfe tschechischer Bauern freigemacht werden. In erster Linie waren hierfür sogenannte Auslaufbetriebe vorgesehen, das heißt Höfe mit kinderlosen tschechischen Ehepaaren, oder landwirtschaftliche Betriebe, welche entweder ganz oder teilweise verpachtet sind. Es stellte sich jedoch heraus, daß gerade in den in Frage kommenden Gemeinden derartige Höfe so gut wie gar nicht vorhanden sind. Man mußte daher bei der Auswahl der Betriebe nach anderen Maßstäben vorgehen: Durch das Bodenamt wurde bei den Besichtigungen festgestellt, welche Betriebsinhaber sich im Laufe der letzten Zeit kriegswirtschaftliche Verschuldungen zuschulden kommen ließen und welche Höfe als schlechtleitete Betriebe bezeichnet werden können, wobei ein dem Zwecke dienlicher Maßstab angelegt wurde. Es wurden bisher etwa 120 Betriebe festgestellt, welche für eine Besetzung durch Umsiedler in Frage kommen, die Zwangsverwaltung über

D.W.

dieselben beantragt und teilweise bereits auch durchgeführt. Es handelt sich hierbei um Höfe in der Größe von 2 bis 30 ha. Bei dieser Gelegenheit werden auch gleich solche Betriebe ausgesucht, welche für Jungbauern aus Oberdonau und dem Sudetenland vorgesehen werden, damit diese als sogenannte Richtbauern später unter den Umsiedlern führend tätig sein können. Von den rund 150 Südtiroler Familien müssen etwa 110 auf lebensfähigen landwirtschaftlichen Höfen angesetzt werden, während es sich bei dem Rest um vorwiegend landwirtschaftliche und ländliche Industriearbeiter handelt, welche sich lediglich um Betriebe bis zu einer Größe von 4 ha bewerben, um dann ihren erlernten Beruf als Maurer, Steinschläger und dergleichen weiter ausführen zu können. Die Ansetzung auch dieser Arbeiterfamilien wird in diesem Gebiet sehr begrüßt, da dort qualifizierte Handwerker äußerst knapp sind. Die Ansetzung der einzelnen Familien soll keineswegs nach der finanziellen Seite hin erfolgen, sondern in erster Linie nach den persönlichen Fähigkeiten der einzelnen Familien unter genauester Prüfung der Familienverhältnisse. Kinderreiche Familien sollen eine besondere Berücksichtigung finden.

Die Südtiroler Familien werden immer je nach der Anzahl der freiwerdenden Höfe aus dem Hauptlager in Hallein bei Salzburg in kleineren Transporten in das Umsiedlungslager "Humarschlöschchen" bei Porschitsch, Bez. Budweis, zum vorübergehenden Aufenthalt geschafft, von wo sie dann in möglichst kurzer Zeit gleich auf die freien Höfe verteilt werden. Diese Familien führen meist nur einen sehr armseeligen Hausrat mit, sodaß durch den Exponenten des Bodenamtes umfangreiche Maßnahmen zur Beschaffung von Möbeln und Wohnungseinrichtungen, Geschirr, Töpfen, Porzellan aller Art, Betten, Gardinen und sogar Kleidungsstücken getroffen werden mußten, was auch mit Hilfe der zuständigen Stellen aus den jüdischen Beständen ermöglicht wurde.

Bisher wurden ungefähr 40 deutsche Familien in den von den Tschechen freigemachten Betrieben untergebracht und zwar in den im Bezirk Budweis gelegenen Gemeinden Krassetin, Hollubau, Schabrowes, Branischau, Berlau, Duben, Stupna, Kwitkowitz, Jankau, Groß- und Klein-Tschekau. Die Freimachung der Höfe geht inzwischen schnell vorwärts, so daß man hofft, bis Ende des Jahres sämtliche 150 Familien unterbringen zu können. Von

17

diesen 150 Familien sind etwa 50 Familienvorstände zur Wehrmacht einberufen, 6 sind bereits gefallen. Dadurch wird naturgemäß die Ansetzung der Hinterbliebenen äußerst schwierig. Ebenso schwierig ist die Ansetzung der Familien, welche infolge Einberufung ohne Männer sind. In dieser Angelegenheit will sich das Bodenamt um eine Freistellung der Männer bemühen. Die Tschechen haben schon vor Beginn der Umsiedlung, als die Pläne von ihrer Aussiedlung zwangskäufig bekannt wurden, eine bedeutende Unruhe und Aufregung gezeigt, die dann nicht nur die zur Aussiedlung Betroffenen, sondern auch die vorläufig Unbeteiligten ergriff, da jeder Einzelne sich von den zu erwartenden Maßnahmen bedroht fühlte.

In Gaststätten, bei zufälligen Zusammenkünften, in Autobussen und in der Bahn bildete besonders zu Ende Oktober 1942 die Aussiedlung das Hauptgesprächsthema der Tschechen. Es wurden Aussprüche gehört, wie: "Warum sollen wir denn umsiedeln, der Boden gehört doch uns, wir sind ja hier zu Hause!", oder: "Wir können schon nächtelang nicht mehr schlafen wegen dieser Aussiedlung. Wann kommen wir daran, wann die anderen?".

In Hollubku, Bez. Budweis, verübte ein ausgesiedelter Bauer Selbstmord, ein anderer beging einen mißglückten Selbstmordversuch.

Die Flüsterpropaganda erfasste sofort diese Gelegenheit und verbreitete das Gerücht, daß die Ansiedlung von Deutschen im Gebiet westlich von Budweis nicht Selbstzweck sei, sondern daß die Deutschen auf diese Weise einen tschechischen Aufstand provozieren wollen, um dann die Handhabe für drakonische Maßnahmen im ganzen Protektorat zu haben.

Die Aufregung legte sich jedoch bald wieder, vor allem zeigten die betroffenen tschechischen Familien schließlich eine ziemlich gefasste Haltung. Sogderbarer Weise hat bisher keiner der Ausgesiedelten das Angebot des Bodenamtes angenommen, welches den betroffenen Bauern andere landwirtschaftliche Betriebe in anderen Gegenden zur Pacht nachweisen wollte. Auch von der Möglichkeit der Ablösung durch Geld wurde nur in wenigen vereinzelt Fällen Gebrauch gemacht und die ganze Angelegenheit in der Schwebe gelassen. Die ausgesiedelten Tschechen zogen meist aus ihrer Heimatgemeinde nicht aus, sondern quartierten sich bei Bekannten oder Verwandten im selben Ort oder in der Nachbarschaft ein, ja sie machten sich oft mit Erfolg erbötig, vorläufig bei den neuen deutschen Hofherren als Gesinde weiter tätig zu bleiben und in der Gesindewohnung zu wohnen.

Solche Fälle werden derzeit vorübergehend nur deswegen zugelassen, da die dort noch verbleibenden ehemaligen Eigentümer dem deutschen Umsiedler durch die Kenntnis der Verhältnisse und der landwirtschaftlichen Erfordernisse noch nützlich sein können. Für die Dauer ist jedoch dieser Zustand unerträglich, da dadurch in vielen Fällen die Unwissenheit und Unsicherheit der neuen deutschen Hofherren in Verbindung mit vereinzelt vorkommendem Mangel an Haltung zu einer dem wahren Verhältnis nicht entsprechenden, führungsbeanspruchenden Haltung des tschechischen Gesindes führt, welches sich dann langsam wieder als der alte und eigentliche Besitzer fühlt und aufspielt.

Dieses tschechische Gesinde ist außerdem an eine viel üppigere Kost gewöhnt als die an magere und äußerst bescheidene Haushaltung gewöhnten Südtiroler Bauern. Den diesbezüglichen Beschwerden des tschechischen Gesindes wurde oft dadurch stattgegeben, daß für den ganzen Hof nun eine tschechische Magd kocht, was eine beide Teile sehr zufriedenstellende Lösung darstellt.

Es stellte sich jedoch bald heraus, warum die ausgesiedelten Tschechen lieber die vielleicht demütigende Stellung als Gesinde am eigenen Hof annehmen oder sonstwie in der Nachbarschaft bleiben wollten, als anderswo ein neues Gut vom Bodenamt zu pachten:

Infolge der im Herbst 1942 eingesetzten verstärkten tschechischen Flüsterpropaganda, verbunden mit den Ereignissen in Nordafrika, sind die ausgesiedelten tschechischen Bauern ebenso wie ihre Umwelt der Überzeugung, daß der Krieg bis spätestens Frühjahr 1943 für Deutschland verloren geht und daß sie dann sofort wieder von ihren Höfen Besitz ergreifen können.

Um die Unterbringung der ausgesiedelten Tschechen will sich ebenso wie im Falle Neweklau auch die NG kümmern, doch scheint nach den bisherigen Erfahrungen auch diese Aktion von vornherein zum Scheitern verurteilt zu sein. Außerdem ist es kaum anzunehmen, daß die ausgesiedelten Tschechen infolge der von ihnen erwarteten baldigen Niederlage Deutschlands von derartigen Möglichkeiten Gebrauch machen werden, da sie doch auch die Vermittlung des Bodenamtes ablehnen, das sicherlich bessere Ansiedlungsmöglichkeiten bietet als die NG.

Von den Streudeutschen des Budweiser Bezirkes wird die Umsiedlung als willkommene Stärkung des Deutschtums lebhaft begrüßt, doch findet man auch hier Zeichen einer mangelnden Haltung oder eines unangebrachten Mitgefühls:

So wurden z.B. in deutschen Kreisen der Landbevölkerung um Budweis Stimmen laut, welche die Aussiedlung der Tschechen als Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit bezeichnen; es wäre nicht richtig, die tschechischen Bauern von ihrem Grund und Boden, den sie schon seit Generationen besitzen, zu vertreiben.

Zu Beginn der Aktion wurde die Distriktsstelle des Bodenamtes in Budweis von allen möglichen Deutschen überlaufen, welche zu Gunsten von betroffenen Tschechen zu intervenieren versuchten. Unter diesen Fürsprechern, die ihre tschechischen Schützlinge stets als Mustertschechen und äußerst loyale Bürger hinzustellen versuchten, befanden sich meist deutsche Pfarrer, jedoch auch ein deutscher Bürgermeister und eine NSV-Walterin. Die Interventionen waren jedoch sämtlich erfolglos und hörten dann auf.

Den angesiedelten Bauern scheint es in der dortigen Gegend sehr gut zu gefallen; die von den Beamten des Bodenamtes angewandte Fürsorge und Bereitwilligkeit zur Beseitigung aller eventuell anfallenden Schwierigkeiten finden bei den Siedlern höchste Anerkennung. Irgendwelche Klagen über den Verlauf der gesamten Aktion konnten von deutscher Seite bisher nicht festgestellt werden."

15824

Frederic B... 19
12/21/21

Die Frage der Einziehung bäuerlicher Betriebe

hat in die Struktur der Dörfer sehr störend eingegriffen.

Die Einziehung landwirtschaftlicher Objekte hat grosse Verwirrung und Bestürzung hervorgerufen, da vielfach Landwirte ausgewiesen wurden, welche ihre Betriebe in mustergültiger Weise bewirtschafteten, kein Vergehen begangen haben und nicht bestraft waren.

Die auf solche Art und Weise betroffenen Landwirte können sich die Ursache der Einziehung ihres Besitzes nicht erklären. Aber auch die nicht betroffenen Landwirte stellen an das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, insbesondere an Herrn Minister, auf schriftlichem Wege sowie durch Vorsprachen von Deputationen die Anfrage, wann auch ihre Liegenschaften eingezogen werden.

Diese Situation bewirkt, dass fast alle Landwirte in die Passivität verfallen, fangen an das Interesse an der Leistungssteigerung zu verlieren und nicht einmal die zugesprochenen Prämien und Begünstigungen haben für sie den notwendigen Anreiz.

Von dieser und ähnlicher Psychose sind fast alle 600.000 landwirtschaftliche Betriebe ergriffen und sollte dieser Zustand noch weiter andauern, könnte die Erzeugungsschlacht im Jahre 1943 ernstlich bedroht werden, nicht jedoch mit Absicht oder Sabotage, sondern durch Resignation der Landwirte auf ihr Schicksal.

Um dieser Gefahr in einer Zeit, in welcher im Gegenteil die Leistungssteigerung notwendig ist, zu begegnen, wäre es vielleicht angezeigt, diese Sache folgendermassen zu lösen:

1./ Die ausgezogenen Bauern aus Tirol oder Bessarabien auf beschlagnahmte jüdische Betriebe oder auf Restgüter der Bodenbesitzreform zu setzen.

2./ Die so untergebrachten Landwirte wären auf so grossen Objekten durch landwirtschaftliche Fachmänner zu schulen und den hiesigen Verhältnissen anzupassen, um jedwede Störungen

im Erzeugungsplan, verursacht durch Nichtbestellung der Felder oder durch schlechte Behandlung der landwirtschaftlichen Tiere, zu verhindern.

3./ Nach der Schulung könnte auf grossen Objekten die Kolonisation, der Ausbau zu modernen landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt und so eigentlich neue Dörfer geschaffen werden.

Dieser Plan könnte auch umgekehrt dadurch verwirklicht werden, dass die tschechischen Landwirte, die tschechischen Bauern, in die oben angeführten Objekte anzusiedeln wären.

Soweit bereits im Auftrage der Reichsbehörden den Landwirten die Einziehung ihrer Betriebe bekanntgegeben wurde, wäre es wünschenswert, diese den landwirtschaftlichen Betrieben zuzuweisen und zwar

- von 25 ha Ackerboden aufwärts 3gliedrige Familien,
- " 30 ha " " 4gliedrige " ,
- " 40 ha " " 5gliedrige " , u.s.w.

4./ Da es sich um Personen handelt, welche nicht zu dem Besitze eines Arbeitsbuches verpflichtet sind, wären diese Personen /Familien/ als Mitbewirtschafter ohne Rechtsanspruch auf Miteigentum zuzuteilen und zwar so lange, bis es gelungen ist, sie auf geeignete Art wo anders unterzubringen.

Was die Ernährung dieser Familien anbelangt, ist mit ihnen so umzugehen, als wären sie Selbstversorger und in diesem Sinne sind auch den Betriebseigentümern die zuständigen Selbstversorgungerrationen zu bemessen.

5./ Soweit es sich um die Hälter von 2 oder 3 Gewerben handelt wie Gastwirtschaft, Fleischerei, Geschäft, muss der Hälter sich für ein Gewerbe entschliessen und das zweite an den Umsiedler abtreten.

Diese Massnahmen liessen sich gesetzmässig und zwar so zu lösen, dass das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft gemeinsam mit dem Ministerium des Innern mit der Durchführung dieses Gesetzes über die Umsiedlung zu betrauen wären.

Prag, den 24. November 1942.

2487
21

1) Abdruck an Gd + Wstb/Bl/Pr

2) Vorlagen für
Maßnahmen
44-Gruppenspezifische Punkte

An Herrn

SS-Sturmbannführer Martin Wolf,
Abteilungsleiter der Gruppe Kulturpolitik
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren

Prag IV.-Czerninpalais.

W
25/11
24/11

Sehr geehrter Herr Sturmbannführer !

Ich habe es für notwendig befunden Sie über folgen-
den propagandistische Angelegenheit in Kenntnis zu setzen.

Vor nicht allzu langer Zeit habe ich mich dazu ent-
schlossen im tschechischen öffentlichen Leben eine durch-
greifende Reform durchzuführen. Damals haben Sie selbst,
sehr geehrter Herr Sturmbannführer, den grössten Wert darauf
gelegt, die Ruhe und Ordnung in diesem Raume gesichert zu
sehen und ich glaube daher in Ihrem Sinne zu handeln, wenn
ich mich bemühe jeden Anlass zu falschen Kombinationen aus
der Welt zu schaffen.

In letzter Zeit erhielt ich verschiedentlich Nachricht
darüber, daß die Ansiedlung von volksdeutschen Bauern aus
Bessarabien und aus Südtirol in Südböhmen und Südmähren in
den Kreisen der tschechischen Bauernschaft grösste Empörung
hervorgerufen hat. Die ergriffenen Massnahmen gestatten den
tschechischen Bauern keinerlei Entschädigung für die zurück-
gelassenen Bauernhöfe. Es soll vorgekommen sein, daß sogar
Bauern enteignet wurden, die von der Regierung vorher für eine
vorbildliche Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte
Prämien erhielten.

Von diesen Vorfällen berichtete mir einerseits Minister Hrubý und andererseits habe ich auch durch den kommissarischen Leiter der NG, Dozent Krejčí, Kenntnis erhalten.

Die Bauernschaft ist, wie aus ihren Schreiben ersichtlich wird, der Auffassung, daß das Bodenamt in diesen Fällen eigenmächtig handelt und dies wird noch dadurch bestärkt, daß der Herr Staatssekretär in seiner letzten Ansprache an die tschechische Bauernschaft versprochen hat, jedem Landwirt der seine Pflichten erfüllt auch sein Boden erhalten bleibt. Die Bauernschaft erwartet daher von Minister Hrubý und mir die Meldung über das Vorgehen des Bodenamtes bei den zuständigen übergeordneten deutschen Behörden.

Die Angelegenheit birgt zweierlei Gefahr in sich. Erstens wird Minister Hrubý und ich bei einer gleichgültigen Stellung zu dieser Frage als Schwindler angesehen und zweitens wird darunter auch der Anbau und die Ernte im nächsten Jahre schwer zu leiden haben.

Die tschechischen Bauern vertreten bereits die Meinung, es hätte wenig Sinn den Aufstieg des Hofes anzustreben, wenn sie nicht die Gewähr dafür haben, daß dieser ihnen erhalten bleibt. Nationalsozialismus und Bolschewismus wären im Grunde genommen gleich. Die Bolschewisten enteignen ihre Bauern, der Nationalsozialismus tue das Gleiche.

Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Sturmbannführer, auf Grund dieser Begebenheiten bitten, diese Sache dem Herrn Staatssekretär vorzutragen und gleichzeitig um eine Regelung die beide Seiten zufriedenstellt zu ersuchen. Herr Minister Hrubý hat mir bereits einige Vorschläge zur Lösung dieses Problems vorgetragen. Die tschechischen Bauern müssten die Möglichkeit haben nach der Ukraine oder nach dem Kuban, sowie eventuell nach dem Westen, nach Frankreich, umzusiedeln. Eine ähnliche Aktion wurde bereits in Holland in Angriff genommen, wobei die dortige Regierung mit Geldmitteln zur Verwirklichung beigetragen hat. Ich bin auch der Überzeugung, daß sich viele tschechische Bauern finden würden die freiwillig diesen Raum verlassen würden.

M-V-DM

Die deutschen Landwirte könnten schon vor Umsiedlung der tschechischen Bauern angesiedelt werden.

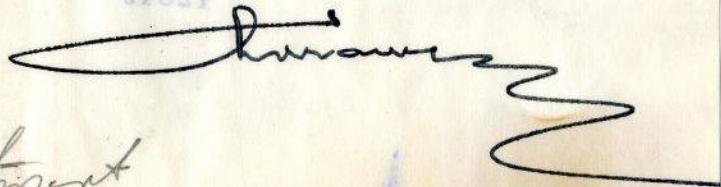
Gleichzeitig möchte ich Ihnen, sehr verehrter Herr Sturmbannführer, einen bezeichnenden Vorfall mitteilen.

Bei der Ansiedlung der Bauern aus Südtirol geschah es, daß ein deutscher Bauer den tschechischen Landwirt fragte, weshalb er seinen Bauernhof verkaufen wolle, worauf ihm derselbe zur Antwort gab, daß dies gar nicht seine Absicht sei, er jedoch ausgesiedelt werden soll. Der deutsche Bauer wollte unter diesen Umständen darauf verzichten sich in diesem Orte anzusiedeln und hätte sich dann zum Schlusse entschlossen zu bleiben und zusammen mit dem tschechischen Bauer den Bauernhof zu bewirtschaften.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Sturmbannführer, diesen Brief zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe ihn im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im hiesigen Raum verfasst und hoffe, daß Sie diesen auch in diesem Sinne sich auslegen. Ich verbleibe mit

Heil Hitler !

Ihr ergebener



*Spezial-Vertreter
an Moravce, Kralupy
des Völkervereinigungspunktes J.C.*

24

Abteilung I
I 2 b F 8530

Prag, den 6. Dezember 1944

Ministeramt
Erg: 10 DEZ 1944

An das
Ministeramt
im Hause.

Betrifft: Wiedergutmachung für ehem.tschechosl.öffentlich-rechtliche
Bedienstete deutscher Staatsangehörigkeit.

Bezug: Schreiben vom 16.3.1943 - St.S. IV A - 49/42.

Am 28.8.1943 habe ich unter Zahl I 2 b Fürs. 8530 dem Herrn Staats-
minister berichtet, daß die Wiedergutmachungsaktion im wesentlichen
als abgeschlossen betrachtet werden kann, und daß nur noch 8 Fälle
in Bearbeitung stehen. Nunmehr wurden die bei der Abteilung I noch
anhängigen 2 Anträge endgültig erledigt (ein Antrag genehmigt,
einer abgewiesen). Über die abschließende Erledigung der restlichen
6 Fälle werden mir die Abteilungen III, V und VIII in einigen Tagen
Mitteilung zukommen lassen. Das abschließende Ergebnis werde ich
Ihnen sofort mitteilen.

Handwritten notes:
12/12

15088

St. M. IV A - 49 B/42

12/ 12. 44

Hauptabteilung I
Nr. I 2 b -Fürs- 8530

Prag, den 28. August 1943

An den
Herrn Staatsminister
im Hause .

Staatsminister
in Böhmen
Lang: 31. AUG. 1943

Betrifft: Wiedergutmachung für ehem. tschechosl.
öffentlich-rechtliche Bedienstete deutscher
Staatsangehörigkeit

Bezug: Weisung vom 16. Juni 1943 - St.S. IV A -49/42

Unter Bezugnahme auf meine am 30.9.1942
unter A.Zl. I 2 b - 5030 - an den Herrn Staatsmini-
ster gerichtete Vorlage melde ich die zu Gunsten ehem.
tschechosl. öffentlich-rechtlicher Bediensteter deut-
scher Staatsangehörigkeit eingeleitete Wiedergutma-
chungsaktion im Sinne der Verordnung vom 1.10.1940
(VBLRProt.S.491) als im wesentlichen abgeschlossen.
Nach dem Stand vom 1. Juli 1943 wurden den einzelnen
Abteilungen (Gruppen) der Behörde 4127
Anträge zur Stellungnahme vorgelegt . Hievon
wurden

- 1. ganz oder teilweise zu Gunsten
der Antragsteller erledigt 1798
- 2. abgelehnt 2194
- 3. zuständigkeitshalber an andere
Stellen abgetreten 123
- 4. von den Antragstellern zurückgezogen 4
- 5. noch nicht entschieden 8

./.

St. S. IV A - 49 a / 42

Bei der geringen Zahl von Anträgen, die z.Zt. noch in Bearbeitung stehen, ist die Ursache der noch nicht abgeschlossenen Erledigung in noch ausstehenden Stellungnahmen der Parteiverbindungsstelle und in noch laufenden Beförderungsverfahren zu erblicken .

Die Erledigung dieser Anträge kann für das Jahr 1943 als sicher angenommen werden .

gez. Reischauer



beglaubigt :
Angehörige

1379

Wiedervorgelegt am 1. 12. 44.

4/2/43



88020

Sachkunde anfrage!

21 72 44

8 572

19924

Prag, den 16. Juni 1943.

26

α
17. VI. 1943

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Reischauer
durch die Hand von Herrn General Reinefarth.

In Sachen Wiedergutmachung für ehemalige tschecho-slo-
wakische Öffentlich-rechtliche Bedienstete deutscher
Staatsangehörigkeit beziehe ich mich auf die dort. an
den Herrn Staatssekretär gerichtete Vorlage vom 30.9.
v.Js. - Zeichen I 2 b - 5030 und bitte um eine weitere
Mitteilung über den Stand der Angelegenheit.



81088

2.) Wv. am 16. ^{8.}VI. 1943 bei dem Unterzeichner.

Wiedervorgelegt am 16.7.43

16.8.43

| 2

27
26
eitsdienst des Reichsführers-//

SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentsch, den 28.9.1944.
Sachsenweg
Fernsprecher 60141, 77841, Czernin 3911-19

III G - PA 999 - Hn./Schg.

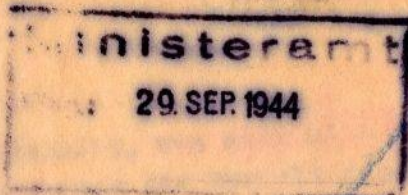
4067

G e h e i m !

An

4-Obergruppenführer
Staatsminister K.H. Frank

Prag



Betr.: Viktor Graf Trautmannsdorf,
geboren am 16.2.1895 in St. Jean (Schweiz),
Grossgrundbesitzer in Hösting, Bez. Mähr. Budwitz.

Vorg.: Befehlener Bericht.

Viktor Graf Trautmannsdorf ist seit Sommer 1943 zur Wehrmacht eingezogen und zur Zeit Rittmeister und Pferdervormusterungs-offizier in Königgrätz. Anlässlich seines letzten Ernteurlaubs äusserte er sich am 4.8.1944 gegenüber seinem deutschen Gutsverwalter, dass er nach Strassburg versetzt worden sei, wobei aus der Art der Äusserung geschlossen werden konnte, dass T. diese Versetzung äusserst ungelegen gekommen ist. Wenige Tage darauf erteilte Graf T. seiner Gutsverwaltung den Auftrag, ähnlich wie im Vorjahr auch in diesem Jahr einen Rehbock an das Kasino der Weh-ersatzinspektion in Prag zu senden und ihn mit RM 1.20 pro kg in Rechnung zu stellen.

Nach 4 Tagen erhielt Graf T. eine offene Karte, deren Inhalt etwa sinngemäss lautete, dass das Anliegen des Grafen T. vom General (es handelt sich um General Prondzinski, Leiter der Wehersatzin-spektion Prag) in Berlin vorgetragen worden sei und dass das Rück-versetzungsgesuch des Grafen Aussicht auf günstige Erledigung habe. Abschliessend wurde für die prompte Übersendung des Rehbocks gedankt. Die Karte war von Major Emil Kračmer unterschrieben.

Bis zur Beendigung seinesurlaubes am 26.8.1944 hatte Graf T. noch keinen Bescheid über sein Rückversetzungsgesuch in Händen. Während dieser Zeit fiel es dem deutschen Gutsverwalter auf, dass Graf T. sehr viele Telefongespräche mit Prag führte. Kam hatte jedoch Graf T. seinen Dienst in Königgrätz angetreten, konnte er seiner telefonisch mitteilen, dass sein Gesuch Erfolg gehabt hat und dass er Pferdervormusterungsoffizier in Königgrätz bleibt.

IV A - 17 6 / 42 g

Karab.

27a

From Victoria 26.10.44

30 SEP 1944
Victoria



59692

trau
s

Handwritten scribbles at the bottom left.